

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
den Ausstieg aus dem Kyoto-Abkommen**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass alle notwendigen Maßnahmen für einen Ausstieg Österreichs aus dem Kyoto-Abkommen und aus dem globalen Emissionszertifikatehandel gesetzt werden.

Begründung

Obwohl zahlreiche große Industrienstaaten, unter ihnen die größten CO₂-Produzenten USA und China, keine Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingehen und Kanada kürzlich den Ausstieg aus dem Abkommen mit dem Hinweis auf dessen Wirkungslosigkeit bekannt gab, fühlt sich die österreichische Bundesregierung nach wie vor der Einhaltung und Erfüllung der Klima-Vereinbarung verpflichtet.

Aus dieser Verpflichtung heraus muss Österreich wegen der fehlenden Erreichung der CO₂-Reduktionsziele mindestens 600 Millionen Euro, anderen Schätzungen zufolge über eine Milliarde Euro, an Strafzahlungen leisten. Gleichzeitig wird die Entwicklung der heimischen Wirtschaft durch die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Abkommen, die weltweit vor allem die westlichen Industrienationen treffen, behindert. Es droht eine Abwanderung heimischer Industriebetriebe in jene Länder, die geringere oder keine Reduktionsziele erreichen müssen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich das Kyoto-Protokoll und das System des Emissionszertifikatehandels als falsch und untauglich erwiesen hat. Daher muss die Bundesregierung alle notwendigen Schritte für einen Ausstieg setzen.

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Cramer, Wall, Mahr, Povysil, Nerat, Klinger, Schießl, Lackner